

Beschlussmappe des Schleswig-Holstein Rats am 09. April in Mildstedt

1 **Antrag 1: Verbesserte Arbeitsbedingungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen**

2 *Antragstellende: JU Kreisverband Ostholstein*

3 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 4 • eine Vereinfachung von Bewerbungs- und Antragsverfahren.
- 5 • eine umfassende Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) durch das
- 6 zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- 7 • Ein verpflichtendes Angebot einer Mindestvertragslaufzeit von 3 Jahren für
- 8 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- 9 • Langfristig die Zahl der unbefristeten Stellen in der Lehre und Forschung auf 30% zu
- 10 erhöhen.
- 11 • mehr Landes- und Bundesmittelmittel für Universitäten und Hochschulen.

1 **Antrag 2: Wohnungsbau**

2 *Antragstellende: JU Ostholstein*

3 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 4 • verpflichtend hauseigenes WLAN in jedem neugebauten Alten- und Pflegeheim in
- 5 Schleswig-Holstein
- 6 • verpflichtend hauseigenes WLAN in jedem bestehenden Alten- und Pflegeheim in
- 7 Schleswig-Holstein bis Ende 2024
- 8 • Inhouseberatungs- und Schulungsangebote, bei denen Seniorinnen und Senioren den
- 9 Umgang mit digitalen Medien lernen unter Einbezug bereits bestehender Angebote und
- 10 Kooperationen

1 **Antrag 3: Die gynäkologische Erkrankung Endometriose ernst nehmen und**
2 **flächendeckende Behandlung sicherstellen!**

3 *Antragstellende: JU Kiel*

4 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 5 • dass der Bund die gynäkologische Erkrankung Endometriose als chronische und schwer
6 therapierbare Erkrankung anerkennt,
- 7 • dass Bund und Land finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um die Forschung zur
8 gynäkologischen Erkrankung Endometriose an den Universitätskliniken auszubauen,
- 9 • dass eine bundesweite Aufklärungskampagne und -strategie zur Erkrankung
10 Endometriose initiiert wird,
- 11 • dass die gynäkologische Erkrankung stärker in der Ausbildung (Vorklinik, Klinik und
12 Facharztausbildung zum Gynäkologen/zur Gynäkologin) verankert wird,
- 13 • dass es mittelfristig zu einer flächendeckenden Facharztversorgung, die Endometriose als
14 einen Schwerpunkt hat, kommt,
- 15 • dass die Vorsorgeuntersuchung und Behandlung von Endometriose nicht mehr als
16 Eigenleistung von gesetzlich versicherten Patientinnen bezahlt werden muss, sondern
17 vollständig von den Krankenkassen übernommen wird.

1 **Antrag 4: Auf dem Boden der Realität ankommen – verteidigungspolitische Wende jetzt!**

2 *Antragstellende: JU Kiel*

3 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 4 • einen sofortigen und unverzüglichen Paradigmenwechsel beim Umgang mit der
5 Bundeswehr durch eine Sichtbarmachung von Soldatinnen und Soldaten im öffentlichen
6 Raum, öffentlichen Militärparaden sowie politische Rückendeckung den
7 gesellschaftlichen Stellenwert zu schaffen, den sie verdient.
- 8 • Die Wehr- und Bündnisfähigkeit Deutschlands durch militärische Aufrüstung
9 sicherzustellen;
- 10 • das 100.000.000.000€ starkes Sondervermögen ausschließlich für die Bundeswehr zu
11 nutzen und das 2% Ziel der NATO einzuhalten;
- 12 • dass die gesamten Mittel, die im Wehretat ausgewiesen werden, in Zukunft unmittelbar
13 in die Wehrfähigkeit fließen müssen;
- 14 • nach Erreichen der erforderlichen Wehrfähigkeit mindestens die von der NATO
15 geforderten 20% des gesamten Wehretats (hier: Mittel, die unmittelbar in die
16 Wehrfähigkeit fließen) in Ausrüstung, Ersatzteile, Waffensysteme und vor allem
17 Munition zu investieren sowie Ausrüstung und Ersatzteile auf Vorrat zu kaufen, anstatt
18 sie von Auslandseinsatz zu Auslandseinsatz in geringen Mengen für begrenzte Einheiten
19 anzuschaffen;
- 20 • eine Einsatzbereitschaftsquote in Höhe von jeweils 70% für die Waffensysteme der
21 Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine;
- 22 • einen besonderen Fokus auf professionelles Personal aus den Bereichen IT und
23 Digitalisierung, damit auch die Bundeswehr im 21. Jahrhundert ankommt;
- 24 • eine radikale Umstrukturierung Beschaffungswesens der Bundeswehr sowie der internen
25 Strukturen der Bundeswehr und eine Auflösung des Bundesamts für Ausrüstung,
26 Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr;
- 27 • die Einführung des Gesellschaftsjahrs und die Steigerung der Attraktivität des
28 Wehrdiensts;

Antrag 5: Gut gewappnet für den Winter 2022/23 – möglichst niedrigschwellige Corona-Maßnahme in Schleswig-Holstein frühzeitig identifizieren und kommunizieren

Antragstellende: JU Kiel

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, den bundesweit in Bezug auf Gesundheitsschutz und Freiheit mit Abstand erfolgreichsten Weg durch die Corona-Pandemie fortzusetzen und bereits im Sommer 2022 eine detaillierte Vorbereitung einer Strategie inklusive der avisierten Kommunikationswege für den Herbst und Winter vorzulegen
- die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, Beschlüsse im Rahmen der Bund-Länder-Konferenz nur im Rahmen des Angemessenen mitzutragen und ggf. mithilfe von Protokollerklärungen auf schleswig-holsteinische Souveränitätsentscheidungen hinzuweisen und diese in Schleswig-Holstein durchzusetzen;
- die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, den Präsenzbetrieb an Schulen, Hochschulen und Universitäten sowie in Kindertagesstätten im Rahmen des verantwortbaren Handelns auch im Falle einer sechsten Coronawelle im Winter 2022/2023 nach Möglichkeit den Präsenzbetrieb in Bildungseinrichtungen aufrecht zu erhalten
- die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, im Falle einer sechsten Coronawelle freiheitseinschränkende Maßnahmen auf ein Minimum zu reduzieren und hierbei frühzeitig zwischen Geimpften und Ungeimpften eine Differenzierung vorzunehmen;
- die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, im Falle einer sechsten Coronawelle im Winter 2022/2023 einen konsequenten und nachhaltigen Schutz der Risikogruppen sicherzustellen;
- die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, die Besuche schwerkranker oder im Sterben liegender Angehöriger in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Altenheimen oder ähnlichen Einrichtungen grundsätzlich zu ermöglichen, notwendigenfalls jedoch mit weiteren, auch tiefgreifenden Vorsichtsmaßnahmen zu belegen;

- 1 • die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, sich auch im Falle einer sechsten
- 2 Coronawelle im Winter 2022/2023 gegenüber dem Königreich Dänemark für einen
- 3 offenen und freien Grenzverkehr einzusetzen;
- 4 • das Schengener Abkommen ist in Europa unter allen Umständen aufrechtzuerhalten;
- 5 • dass grundsätzlich gilt, dass zum Schutz vulnerabler Gruppen verhältnismäßige
- 6 Maßnahmen getroffen werden müssen, wenn eine konkrete Gefahr der Überlastung des
- 7 Gesundheitssystems droht.

